

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5655

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5655](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5655)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# NEIN

**zum neuen  
Zivildienstgesetz**

## **Medienmappe**

**Medienkonferenz zur Abstimmung vom 14. Juni 2026 über die  
Änderungen im Zivildienstgesetz**

Dienstag, 05. Mai 2026, um 10 Uhr

Medienzentrum Bundeshaus, Bundesgasse 8–12, 3003 Bern

# Inhaltsverzeichnis

<b>Medienmitteilung.....</b>	<b>2</b>
<b>Medienkontakte.....</b>	<b>4</b>
<b>Fotos der Medienkonferenz.....</b>	<b>4</b>
<b>Redebeiträge.....</b>	<b>5</b>
<b>Magdalena Erni, Junge Grüne.....</b>	<b>5</b>
<b>Priska Seiler-Graf, CIVIVA / SP.....</b>	<b>6</b>
<b>Clarence Chollet, CIVIVA / GRÜNE.....</b>	<b>7</b>
<b>Donat Capaul, Kleinbauern-Vereinigung.....</b>	<b>8</b>
<b>Patrick Hässig, GLP.....</b>	<b>9</b>
<b>Rayyân Rehouma, GSoA.....</b>	<b>10</b>
<b>Allianz «Zivildienstgesetz NEIN».....</b>	<b>12</b>
<b>Langes Argumentarium.....</b>	<b>13</b>

## Medienmitteilung

### Nein zum Abbau des Zivildienstes: Allianz gegen das neue Zivildienstgesetz hat Kampagne lanciert

**Die Leistungen des Zivildienstes sind unverzichtbar, insbesondere in Pflegeheimen, Spitälern, Schulen, im Naturschutz sowie in der Landwirtschaft und der Alpwirtschaft. Dies erklärte die Allianz für ein Nein zum Zivildienstgesetz anlässlich ihrer Pressekonferenz zum Start der Kampagne. Die geplanten Verschärfungen führen zu einer massiven Reduktion dieser Leistungen, obwohl sie notwendiger denn je sind. Junge Menschen dürfen nicht davon abgehalten werden, sich für unsere Gesellschaft einzusetzen.**

Im Medienzentrum in Bern hat die Allianz «Zivildienstgesetz-Nein» heute Morgen offiziell ihre Kampagne gestartet. Die Jungen Grünen Schweiz, die das Referendum mitlanciert haben, eröffneten die Medienkonferenz. *«Einmal mehr lassen Bundesrat und Parlament uns junge Menschen im Stich und entscheiden über unsere Köpfe hinweg. Die Änderungen des Zivildienstgesetzes stellen eine rückwärtsgewandte und kurzsichtige Politik dar»,* erklärte **Magdalena Erni**, Co-Präsidentin der Jungen Grünen. **Priska Seiler-Graf**, Co-Präsidentin von CIVIVA und Nationalrätin der SP, erklärte, dass die Massnahmen die Armee nicht stärken, sondern einzig den Zivildienst noch unattraktiver gestalten. *«Der Zivildienst ist keine 'Bedrohung' für die Armee, sondern eine sinnvolle Ergänzung in unserer Sicherheitsarchitektur.»*

Die Nationalrätin der GRÜNEN **Clarence Chollet**, ebenfalls Co-Präsidentin von CIVIVA, unterstrich die Relevanz des Zivildienstes für die Sicherheit ganz besonders. *«Sicherheit ist auch – und vielleicht vor allem – der Schutz unserer Umwelt, unserer Gesundheit und unserer Gesellschaft. Und genau hier spielt der Zivildienst eine tragende Rolle. Jeden Tag engagieren sich Zivildienstleistende ganz konkret: für den Schutz der Natur, für die nachhaltige Landwirtschaft, für die Unterstützung von Menschen mit Pflegebedarf oder beim Katastrophenmanagement. Sie stärken die Widerstandsfähigkeit unseres Landes angesichts aktueller und zukünftiger Krisen.»*

**Donat Capaul**, Bio-Bergbauer und Vorstandsmitglied der Kleinbauern-Vereinigung, berichtete über die wichtigen Aufgaben für den Erhalt der Biodiversität und Unterstützung der Landwirtschaft, die aktuell mit Hilfe der Zivildienstleistenden erbracht wird. Donat Capaul entgegnet zudem der Vorstellung, der Zivildienst sei bequem: *«Das Argument, dass Rekruten aus Bequemlichkeit vom Militärdienst in den Zivildienst wechseln, zählt aus meiner Sicht nicht. Gerade bei einem Einsatz in der Landwirtschaft arbeiten sie draussen bei jeder Witterung, Regen, Nebel oder an heissen Sonnentagen mit Insekten und Dorngebüsch. Das ist kein Schoggischlecken, wer sich hierfür entscheidet, hat eindeutig andere Gründe.»*

Genau wie in der Landwirtschaft sind Zivildienstleistende im Sozialen, in der Betreuung und der Pflege unersetzlich. **Patrick Hässig**, Nationalrat der GLP und Dipl. Pflegefachmann, lehnt deswegen die Vorlage ganz klar ab, denn: *«Wer in Zeiten von Pflegenotstand den Zivildienst schwächt, hat das Problem nicht verstanden.»* Die Änderungen im Zivildienstgesetz sind nicht nur unnötig, sondern, wie Patrick Hässig klar stellt, auch kontraproduktiv und gefährlich: *«Wer ein funktionierendes System absichtlich verschlechtert, handelt nicht strategisch – sondern fahrlässig.»*

**Rayyân Rehouma**, politischer Sekretär der GSoA, erklärte, dass der Zivildienst eine pazifistische Errungenschaft ist, deren Abbau bedeuten würde, Gewissens- und Glaubensfreiheit stark zu beschneiden. Rayyân Rehouma kennt diese «eindeutig anderen Gründe» aus diversen Soldatenberatungen: *«Durch unseren Beratungsdienst für Soldaten hören wir von vielen jungen Menschen, die Angst vor dem Gedanken haben, den Militärdienst zu absolvieren. Andere teilen uns mit, dass sie in ihrer Rekrutenschule Gewalt oder Belästigungen erfahren haben. Mit diesen sechs Massnahmen greift dieses Gesetz direkt diese jungen Rekruten an, die Erfahrungen in der Armee gemacht haben, die dieser Institution eine Chance gegeben haben, die aber von der Armee enttäuscht oder traumatisiert wurden.»*

Das Referendum wurde ergriffen, um die Verschärfungen zu verhindern, die eine Reduktion der Zulassungen zum Zivildienst um 40 % vorsehen. Wie aus den Reden hervorgeht, sind die Zivildienstleistenden genau dort im Einsatz, wo massiver Personalmangel herrscht: In Alters- und Pflegeheimen, in Spitälern, in Schulen sowie im Natur- und Landwirtschaftsbereich. Durch diese unersetzlichen Leistungen trägt der Zivildienst erheblich zur Sicherheit der Schweiz bei. Dies hat sich während der Corona-Pandemie sowie bei der Aufnahme geflüchteter Menschen aus der Ukraine nach dem Angriff Russlands gezeigt. Die höheren Hürden für eine Zulassung führen dazu, dass künftig weniger junge Menschen einen für die Schweiz nützlichen Dienst leisten.

Schliesslich sind diese Verschärfungen diskriminierend: Das verfassungsmässige Recht auf einen Ersatzdienst für junge Menschen, die den Militärdienst aus Gewissensgründen ablehnen, wird massiv eingeschränkt. Dies beschneidet nicht nur die Gewissensfreiheit, sondern verkennt zudem die Relevanz des Zivildienstes für die Gesellschaft und wertet deren Leistungen stark ab.

Das Referendum wurde im Herbst 2025 lanciert. Es wird heute von einer breiten Allianz aus über 30 Organisationen unterstützt, darunter die Jungen Grünen, CIVIVA, GRÜNEN, die SP, die GSoA, die Kleinbauern-Vereinigung, die EVP, die Grünliberalen, aber auch zahlreiche Verbände wie KiBe Suisse, SWO, Insieme, Uniterre, Blaues Kreuz sowie weiteren Einsatzbetrieben.

## Medienkontakte

- **Magdalena Erni**, Co-Präsidentin Junge Grüne, 079 488 37 15
- **Priska Seiler Graf**, Nationalrätin SP, Co-Präsidentin CIVIVA, 076 571 06 48
- **Donat Capaul**, Vorstandsmitglied Kleinbauern-Vereinigung, 031 312 64 00
- **Patrick Hässig**, Nationalrat GLP, 079 460 06 24
- **Elia Gerber**, politischer Sekretär GSoA, 079 425 20 58

## Fotos der Medienkonferenz

Im Anschluss an die Medienkonferenz stellt die Allianz den Medienschaffenden Bilder zur Verfügung. Die Fotos werden in [dieser Ablage](#) abrufbar sein.

## Redebeiträge

Es gilt das gesprochene Wort.

### Magdalena Erni, Junge Grüne

#### ***Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz, Vize-Präsidentin GRÜNE Schweiz***

Ich freue mich sehr, Sie alle zu unserer Pressekonferenz zu einem Nein zum neuen Zivildienstgesetz begrüßen zu dürfen. In den kommenden zwanzig Minuten werden wir Ihnen unsere Argumente für ein Nein vorstellen, danach stellen wir uns Ihren Fragen, bevor wir im Anschluss für individuelle Interviews zur Verfügung stehen. Wir, das sind Priska Seiler-Graf, Co-Präsidentin von CIVIVA und SP-Nationalrätin, Clarence Chollet, ebenfalls CIVIVA-Co-Präsidentin und Nationalrätin für die GRÜNEN, Donat Capaul, Bio-Bergbauer aus dem Berner Jura und Vorstandsmitglied der Kleinbauern-Vereinigung, Patrick Hässig, Nationalrat der GLP und Rayyân Rehouma, politischer Sekretär der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, kurz GSoA.

Doch weshalb sind wir heute überhaupt hier: Am 14. Juni stimmen wir über eine Revision des Zivildienstgesetzes ab. Es handelt sich dabei um insgesamt sechs Massnahmen, die Bundesrat und Parlament mehrheitlich befürwortet haben. Sie fordern eine Mindestanzahl von 150 Diensttagen im Zivildienst, dass der Faktor für die Berechnung der Restdiensttage im Falle eines Wechsels von Unteroffizier\*innen und Offizier\*innen ebenfalls 1.5 beträgt sowie eine jährliche Einsatzpflicht ab Zulassung und dass der lange Zivildiensteinsatz – also der sechsmonatige – bereits im Kalenderjahr nach der Zulassung absolviert wird. Ausserdem sollen Einsätze, die ein Medizin- oder Veterinärmedizinstudium voraussetzen, verboten und der Wechsel verunmöglicht werden, wenn keine Diensttage mehr übrig sind.

Diese Massnahmen sind nicht nur teilweise rechtswidrig, sondern auch gefährlich für die Schweiz und eigentlich gar nicht nötig – dazu werden meine Nachredner\*innen sich noch ausführlicher äussern. Insbesondere als Co-Präsidentin einer Jungpartei – einer Partei, die sich für junge Menschen und künftige Generationen engagiert – empfehle ich Ihnen diese Vorlage zur Ablehnung. Sie legt nämlich jungen Menschen mit Gewissenskonflikten weitere Steine in den Weg und bestraft sie dafür, einen für die Gesellschaft – aber auch für sie persönlich – sinnvollen und sinnstiftenden Dienst zu leisten. So kenne ich mehrere ehemalige Zivis, deren Einsätze ihre weitere berufliche Laufbahn massgeblich beeinflusst haben. Zivildienstleistende übernehmen dort Verantwortung, wo Personalmangel herrscht (im Sozialwesen), und packen mit an, wenn sonst niemand bereit ist, aktiv zu werden (im Naturschutz). Deshalb stellen die Änderungen des Zivildienst-Gesetzes eine rückwärtsgewandte und kurzsichtige Politik dar. Einmal mehr lassen Bundesrat und Parlament uns Jungen im Stich und tragen ihre ideologischen Kämpfe auf unserem Buckel aus.

Aus all diesen Gründen haben wir im Oktober 2025 als Allianz das Referendum gegen die Zivildienstgesetzesrevision ergriffen und Mitte Januar erfolgreich über 57'777 Unterschriften

eingereicht. Nun freuen wir uns, mit der heutigen Pressekonferenz unsere Kampagne und unsere Argumente präsentieren zu dürfen und sind – auch angesichts der Tamedia-Umfrage der vergangenen Woche – zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, eine Mehrheit der Stimmbevölkerung von einem Nein zu dieser schädlichen Vorlage zu überzeugen.

## **Priska Seiler-Graf, CIVIVA / SP**

### ***Nationalrätin SP, Co-Präsidentin CIVIVA***

Mit dieser Zivildienstgesetzrevision soll der Zivildienst in seiner heutigen Form einschneidend geschwächt werden – so will es der Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes. Dieser Angriff auf den Zivildienst ist bekanntlich nicht neu. Der Bundesrat wollte dieselben Massnahmen schon einmal einführen, damals im Juni 2020 wurden sie aber im Nationalrat abgelehnt. Seit dem brutalen Angriffskrieg von Putin auf die Ukraine bekommen Sicherheitsthemen wieder mehr Bedeutung, was ich als Sicherheitspolitikerin durchaus befürworte. Leider wird der Zivildienst im bürgerlich dominierten Bundesrat und Parlament nun jedoch als Bedrohung für die Armeebestände angesehen. Das ist neu und hat mit der Realität wenig zu tun. Die Armee hat – und ich kann es nur immer wieder betonen – einen Überbestand beim Effektivbestand. Dieser Überbestand ist gesetzeswidrig, darum musste das Militärgesetz diesbezüglich angepasst werden. CIVIVA und ich sind überzeugt, dass es beides braucht: eine starke Armee, aber eben auch einen starken Zivildienst. Das gegenseitige Ausspielen bringt nichts, vor allem nicht für unsere Gesellschaft.

Diese nun wieder aufgewärmten sechs Massnahmen mit Strafcharakter werden der Armee nicht helfen – davon bin ich überzeugt –, denn sie sind in erster Linie nur dazu da, den Zivildienst unattraktiv zu machen. Dies macht die Armee aber nicht automatisch attraktiver. CIVIVA unterstützt jede Massnahme, welche die Armee attraktiver macht (wie zum Beispiel die bessere Vereinbarkeit mit dem zivilen Leben, das Sammeln von ECTS-Punkten, Zertifizierungen, die auch im zivilen Leben gelten etc.). Aber junge Armeeingehörige, die den Entschluss gefasst haben, aus Gewissensgründen in den Zivildienst zu wechseln, werden sich kaum von diesen Schikanemassnahmen abschrecken lassen. Es wird höchstens dazu führen, dass vermehrt wieder der ‘blaue Weg’ gewählt wird, also die medizinische Ausmusterung. So wie früher halt. Diese jungen Leute fehlen dann in beiden Organisationen, also im Zivildienst, aber eben auch in der Armee. Das sind keine guten Aussichten für unsere Gesellschaft, die in beiden Organisationen engagierte junge Leute braucht.

Der Zivildienst ist keine ‘Bedrohung’ für die Armee, sondern eine sinnvolle Ergänzung in unserer Sicherheitsarchitektur. Ich bin darum überzeugt, dass das Volk am 14. Juni zeigen wird, wie wichtig ihm ein starker Zivildienst ist.

## Clarence Chollet, CIVIVA / GRÜNE

### **Nationalrätin GRÜNE, Co-Präsidentin CIVIVA**

Le référendum contre la révision de la Loi sur le service civil vient rappeler une chose très claire que la Confédération et les partisans de la course à l'armement et à la militarisation essayent de nous faire oublier : la sécurité ne se limite pas à la question militaire.

Bien au contraire. Aujourd'hui, les principales menaces pour notre sécurité ne sont pas militaires, mais systémiques. Comme le souligne par exemple le World Economic Forum dans son rapport, elles sont liées au climat, à l'effondrement de la biodiversité, mais aussi aux risques sanitaires globaux.

Le changement climatique est donc un facteur majeur d'insécurité. En effet, il aggrave les conflits, provoque des déplacements massifs et déstabilise des États entiers – souvent au détriment des régions les moins responsables. En Suisse, les risques liés au changement climatique sont déjà une réalité : des centaines de décès liés à la chaleur chaque année, des événements extrêmes comme à Blatten ou à La Chaux-de-Fonds, des écosystèmes fragilisés.

À cela s'ajoute la crise de la biodiversité, qui menace directement les conditions mêmes de la vie humaine. Nous l'avons vu récemment : les pandémies constituent elles aussi une menace majeure pour notre sécurité. La crise du COVID-19 a montré à quel point nos sociétés peuvent être vulnérables face à un choc sanitaire.

Face à ces défis, une évidence s'impose : la sécurité, c'est aussi – et peut-être avant tout – la protection de notre environnement, de notre santé et de notre société. Et c'est précisément là que le service civil joue un rôle essentiel. Chaque jour, les civilistes s'engagent concrètement : dans la protection de la nature, dans l'agriculture durable, dans le soutien aux personnes âgées ou vulnérables, dans la gestion des catastrophes. Ils renforcent la résilience de notre pays face aux crises actuelles et à venir.

On l'a vu très clairement pendant la pandémie de COVID-19 : les civilistes ont été mobilisés dans les hôpitaux, les EMS, les structures sociales. Ils ont soutenu un système sous pression et contribué à maintenir des services essentiels. Leur engagement a été concret, utile, indispensable.

Mais la sécurité, ce n'est pas seulement une question de moyens. C'est aussi une question de cohésion. Une société qui tient ensemble, qui est capable de solidarité et d'engagement collectif, est une société plus résiliente face aux crises. Le service civil contribue directement à cette cohésion nationale, en créant du lien, en renforçant l'entraide, en valorisant l'engagement au service de la collectivité.

Affaiblir le service civil, prétendument pour renforcer l'armée, ne nous rend pas plus sûrs. Au contraire, cela affaiblit notre capacité à faire face aux véritables risques du XXI<sup>e</sup> siècle. Il faut aussi rappeler que même en cas de crise majeure ou de conflit, le service civil a démontré son utilité. On

l'a vu notamment dans le contexte de la guerre en Ukraine, où des formes d'engagement civil ont été essentielles pour soutenir les populations, organiser l'accueil des réfugiés et maintenir la cohésion sociale. Opposer sécurité militaire et engagement civil est une erreur. Une politique de sécurité moderne doit être globale, cohérente et tournée vers les réalités d'aujourd'hui.

Cette réforme de la loi sur le service civil fait fausse route. Le Conseil fédéral et le parlement restent aveugles aux véritables risques pour notre sécurité et persistent dans une logique dépassée et irresponsable. C'est pourquoi nous nous opposons fermement à cette révision de la loi. Parce qu'elle affaiblit un instrument essentiel de notre sécurité. Parce qu'elle ignore les défis majeurs de notre époque. Et parce que la sécurité de demain ne se construit pas uniquement avec des armes, mais avec de la solidarité, de la prévention et de l'engagement concret.

## **Donat Capaul, Kleinbauern-Vereinigung**

### ***Bio-Bergbauer aus dem Berner Jura, Vorstandsmitglied der Kleinbauern-Vereinigung***

Sehr geehrte Anwesende. Hiermit bedanke ich mich für die Möglichkeit, meine Erfahrungen und Einschätzung mit Zivildienstleistenden mitzuteilen:

Im Berner Jura bewirtschafte ich mit meiner Familie einen Bergbauernhof in der Bergzone 2. Wir halten Kühe, Ziegen und Schafe. Bei uns gibt es viele Steillagen, Waldränder und offene Kleingewässer. Diese können nur von Hand bewirtschaftet werden. Würde man die Waldweiden und extensiv genutzten Weiden für Maschinen zugänglich machen, würde man dabei viel Kleinstrukturen zerstören und dadurch immens an Biodiversität verlieren.

Seit 30 Jahren unterstützen uns Zivildienstleistende im Unterhalt und der Pflege dieser wertvollen Flächen. Im Winter schneiden sie die Hecken entlang der Teiche und Bächlein zurück. Im Sommer sind sie auf den Weiden anzutreffen, wo sie Aufräumarbeiten am Waldrand verrichten, Dornen zurückschneiden und Distel hacken. Der Austausch zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft wird durch den Zivildienst gefördert. Für junge Männer ist es eine gute Möglichkeit, in etwas anderes hineinzusehen, ohne finanzielle Einbussen in Kauf zu nehmen.

Im Jura sowie in den Alpen ist der Wald im Vormarsch. Das bedeutet, dass Weideflächen verloren gehen, wodurch sich auch die Artenvielfalt reduziert. Unter anderem Dank den Zivildienstleistenden gelingt es uns, diese Entwicklung zu bremsen.

Die Berglandwirtschaft wird vom Staat stark subventioniert, aber gleichzeitig steigen die Erwartungen gegenüber den Landwirten, dass sie der Biodiversität Sorge tragen. Durch den Klimawandel werden Neophyten ein grosses Thema. Doch wie soll man diese bekämpfen, ausser von Hand? Dass die Bauern hierfür keine Zeit haben, wird wohl allen klar sein. Aus diesem Grund ist es enorm wichtig, auch weiterhin auf motivierte junge Männer zählen zu können.

Das Argument, dass Rekruten aus Bequemlichkeit vom Militärdienst in den Zivildienst wechseln, zählt aus meiner Sicht nicht. Gerade bei einem Einsatz in der Landwirtschaft arbeiten sie draussen bei jeder Witterung, Regen, Nebel oder an heissen Sonnentagen mit Insekten und Dorngebüsch, das ist kein Schoggischlecken. Wer sich hierfür entscheidet, hat eindeutig andere Gründe.

Seit ein paar Jahren gibt es einen Aufnahmestopp für neue Bauernbetriebe, um Einsatzbetrieb zu werden. Das zeigt deutlich die hohe Nachfrage in diesem Bereich. Aus diesem Grund ist es auch verständlich, weshalb der Schweizerische Bauernverband bei diesem Referendum die Stimmfreigabe beschlossen hat. Als Vertreter der Kleinbauern-Vereinigung plädiere ich für ein Nein zur Änderung des Zivildienstgesetzes, weil aus unserer Sicht der Zivildienst nicht geschwächt werden darf.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

## **Patrick Hässig, GLP**

### ***Nationalrat GLP, Dipl. Pflegefachmann, Kindernotfall Zürich***

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich sage es gleich zu Beginn klar: Diese Vorlage ist kein technischer Eingriff. Sie ist ein politischer Richtungsentscheid – und zwar in die falsche Richtung. Der Zivildienst funktioniert. Punkt.

Er funktioniert dort, wo unser Land ihn am dringendsten braucht: in Spitälern, Pflegeheimen, Schulen, in der Landwirtschaft und im Umweltbereich. Dort fehlen heute schon Menschen. Wer hier kürzt, verschärft Probleme, statt sie zu lösen. Und trotzdem will man genau das: den Zivildienst gezielt schwächen. Wer ein funktionierendes System absichtlich verschlechtert, handelt nicht strategisch – sondern fahrlässig. Die Idee dahinter ist ja bekannt: Man macht den Zivildienst unattraktiver, damit mehr Leute in die Armee gehen. Ich sage Ihnen: Das wird nicht passieren.

Die Realität ist eine andere. Viele werden sich schlicht ausmustern lassen. Diese Vorlage produziert keine zusätzlichen Soldaten – sie produziert einfach weniger Engagement für unser Land. Und damit verlieren wir genau dort, wo wir heute schon unter Druck stehen. Ich spreche hier auch aus persönlicher Erfahrung.

Während meines Zivildienstes habe ich den Pflegeberuf kennengelernt. Diese Zeit hat meinen Weg geprägt. Ich habe mich danach entschieden, eine Ausbildung als Pflegefachmann zu machen. Ohne den Zivildienst hätte ich diese Entscheidung nie getroffen. Und ich wäre wahrscheinlich auch nicht Nationalrat.

Der Zivildienst ist nicht nur ein Dienst – er ist für viele auch eine Lebensschule mit Wirkung weit über die Dienstzeit hinaus. Und genau solche Wege wollen wir jetzt verbauen? Gerade jetzt, wo wir

im Gesundheitswesen über Fachkräftemangel sprechen? Wer in Zeiten von Pflegenotstand den Zivildienst schwächt, hat das Problem nicht verstanden.

Was mich zusätzlich stört: Die Folgen werden bewusst ausgeblendet. Es sind nicht nur die Zivis betroffen. Es sind auch die Einsatzbetriebe, die Kantone, die Gemeinden. Leistungen, die heute erbracht werden, fallen einfach weg. Ohne Ersatz. Dieses Zivildienstgesetz hinterlässt Lücken.

Und das alles wird begründet mit einem angeblichen Problem bei den Armeebeständen. Auch das hält einer ehrlichen Prüfung nicht stand. Die Bestände sind seit Jahren hoch. Wir bekämpfen hier ein Problem, das es so gar nicht gibt – und schaffen dabei neue. Was wir stattdessen brauchen, ist eine ehrliche Politik: Wenn wir die Armee stärken wollen, dann müssen wir sie verbessern – nicht den Zivildienst schwächen. Darum ist für mich klar: Diese Vorlage ist ein Irrweg. Und Irrwege sollte man nicht korrigieren – sondern stoppen. Und das können wir am 14. Juni.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Rayyân Rehouma, GSoA

### ***politischer Sekretär GSoA***

Depuis sa fondation, le GSoA est particulièrement attaché à la défense du service civil, rappelons-le, sa première initiative pour l'abolition de l'armée en 1989 avait préparé le terrain pour une acceptation quelques années plus tard d'un service civil de remplacement, alternative à l'armée pour les objecteurs de conscience qui étaient jusque-là enfermés.

En effet, le service civil est un acquis de ces luttes de longue haleine, et il ne faut pas l'oublier aujourd'hui. D'ailleurs, l'objection de conscience est un droit reconnu par le Comité des droits de l'homme des Nations unies et la Cour européenne des droits de l'homme. Ce droit ne doit pas être limité par la contrainte. Le service civil offre une vraie alternative aux jeunes hommes qui refusent par conviction de prendre les armes, et leur permet de rendre service à la société en s'engageant dans diverses institutions centrales à notre société. Rejoindre les rangs de l'armée est un choix qui peut déboucher sur de lourdes conséquences. Faire son service militaire c'est apprendre à manier les armes et obéir aux ordres, mais surtout, être ouvert en cas d'urgence, à laisser sa vie sur le champ de bataille et à tuer lorsque l'on nous l'ordonne. La décision de servir est donc une décision profondément personnelle et il est du devoir de la Suisse de respecter ceux qui pour des raisons politiques ou religieuses refusent de s'engager dans l'armée.

Au travers de notre service de conseils aux soldats, nous entendons de nombreux témoignages de jeunes que l'idée de faire l'armée terrifie, ou encore d'autres qui ont commencé leur école de recrues et y ont vécu des violences ou du harcèlement. Avec ces 6 mesures, cette loi s'attaque directement à ces jeunes recrues qui ont fait l'expérience de l'armée, qui ont laissé une chance à cette institution, mais que l'armée a dégoûtée ou traumatisée. Le service civil leur offre la

possibilité de participer au fonctionnement quotidien de la société, plutôt que de se préparer à la guerre. De plus, on le sait les personnes qui ne veulent pas s'engager dans l'armée trouvent toujours un moyen, et avec ces nouvelles restrictions elles vont simplement faire en sorte d'être exemptées pour des raisons médicales et ne serviront ni l'armée, ni le service civil.

Ces dernières années, dans un contexte de réarmement global et de diffusion de la rhétorique sécuritaire, les attaques contre le service civil se sont multipliées. En plus de cette modification, la réintroduction de l'examen de conscience, pourtant coûteux et inutile, est déjà prévue. Et le Parlement a validé en juin le projet d'obligation de servir dans la sécurité qui constitue un premier pas vers une abolition du service civil. Nous avons donc bien à faire à une attaque purement idéologique. Voter NON le 14 juin, c'est marquer un coup d'arrêt à ces projets et montrer au Conseil fédéral et au Parlement que le peuple refuse ce tournant militariste.

Ces attaques contre le service civil s'inscrivent dans un processus de délégitimation des voix pacifistes. Alors que les effectifs de l'armée sont toujours illégalement trop élevés, présenter le service civil comme 'trop attractif', c'est l'utiliser comme bouc-émissaire pour tous les problèmes de l'armée. Contrairement aux hôpitaux, aux écoles ou aux EMS où les manques de moyens se font déjà ressentir, l'armée ne manque pas d'effectif ! Et si l'armée fait face à de nombreux départs, elle ferait mieux de s'interroger sur ses propres dysfonctionnements au lieu de s'en prendre au service civil.

## Allianz «Zivildienstgesetz NEIN»

Das Referendum «**Zivildienstgesetz Nein**» wird von einer breiten Allianz aus politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, betroffenen Verbänden und Einsatzbetrieben getragen. Mehr Informationen über die Zusammensetzung der Allianz finden Sie auf der Webseite: [zivildienstgesetz-nein.ch](http://zivildienstgesetz-nein.ch)

Was uns verbindet, ist unsere Überzeugung, dass der Zivildienst für die Schweiz unverzichtbar ist – als Beitrag zur Pflege und Betreuung, in der Bildung, für die Umwelt und die Landwirtschaft. Der Zivildienst steht für Verantwortung, für den Einsatz für die solidarische Schweiz, für einen unverzichtbaren Dienst an der Gesellschaft und für die Gewissensfreiheit.

## Langes Argumentarium

### Die Allianz lehnt das Zivildienstgesetz aus den folgenden Gründen ab:

**Schädlich:** Die Verschärfungen des Zivildienstgesetzes führen gemäss Bundesrat dazu, dass die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst um 40 Prozent sinken wird. Der Zivildienst ist dort im Einsatz, wo Personal fehlt: in Alters- und Pflegeheimen, Spitälern, sozialen Institutionen und Schulen, im Umweltschutz und in der Land- und Alpwirtschaft. Die Verschärfungen schwächen dieses Engagement massiv. Das wird die Einsatzbetriebe des Zivildienstes – und damit insbesondere die Kantone und Gemeinden – vor grosse Probleme stellen. Denn: Was der Zivildienst leistet, fällt ersatzlos weg.

**Gefährlich:** Für die Sicherheit der Schweiz brauchen wir auch den Zivildienst. Das hat sich in der Coronapandemie und bei der Betreuung geflüchteter Menschen aus der Ukraine nach dem Angriff Russlands gezeigt. Die Verschärfungen führen dazu, dass weniger junge Menschen einen sinnvollen Dienst für die Schweiz leisten. Das ist für unser Milizsystem gerade in der aktuellen geopolitischen Lage verantwortungslos.

**Diskriminierend:** Die geplanten Massnahmen verfolgen einzig und alleine das Ziel der Abschreckung durch Schikane. Dabei verletzen sie insbesondere das Menschenrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit. Im Extremfall müssen junge Menschen trotz Gewissenskonflikt in den Militärdienst einrücken. Eine mit der Verfassung sowie den Menschenrechten vereinbare Umsetzung ist bei vielen Massnahmen zweifelhaft. Die Änderung des Zivildienstgesetzes diskriminiert und bestraft ohne Rücksicht auf Verletzungen der Glaubens- und Gewissensfreiheit.

**Unnötig:** Die Befürworter\*innen begründen die Massnahmen damit, die Armeebestände seien gefährdet. Das trifft jedoch nicht zu, im Gegenteil: Die Armee hat seit vielen Jahren mehr Soldat\*innen als vorgeschrieben. Ein allfälliger Rückgang des Personalbestands Ende der 20er-Jahre wird durch kontinuierliches Wachstum in den 30er-Jahren rasch ausgeglichen. Zudem zählt die Armee Zehntausende nicht mit, obwohl sie aufgeboden werden können. Die Gesetzesänderung ist folglich unnötig.

**Kontraproduktiv:** Die Änderung führt dazu, dass weniger junge Menschen einen Dienst an der Gesellschaft leisten. Mit der Vorlage wird der Zivildienst geschwächt, ohne die Armee zu stärken. Dienstleistende mit Gewissenskonflikt, die zukünftig vom Zivildienst abgeschreckt werden, können sich medizinisch ausmustern lassen, um keinen Militärdienst mehr leisten zu müssen. Auch auf diesem Weg lösen sie ihren Gewissenskonflikt.

**Salamitaktik:** Die Vorlage ist für die Befürworter\*innen nur der erste Schritt. Sie wollen auch die Gewissensprüfung wieder einführen und schliesslich den Zivildienst im Zivilschutz auflösen. Damit wäre der Zivildienst faktisch abgeschafft. Diese Entwicklung müssen wir jetzt stoppen!